

Mayer, Otto Gustav

Article — Digitized Version

Mehr Flexibilität ins System

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto Gustav (1971) : Mehr Flexibilität ins System, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 9, pp. 440-441

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134301>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

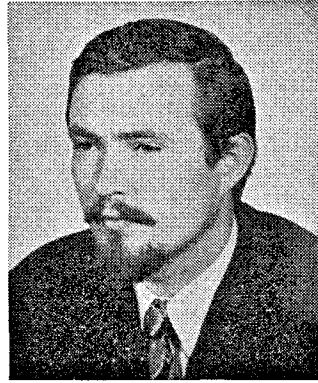
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Mehr Flexibilität ins System

Seit dem 15. August werden die Währungspolitiker der wichtigsten Industrieländer in Atem gehalten. Präsident Nixon gab mit seinem „kühnen“ Programm, mit dem er im Alleingang das internationale Währungssystem aus den Angeln hob, den Startschuß zu einer Serie von Treffen und Konferenzen, auf denen versucht werden sollte, einen Weg aus dem gegenwärtigen Währungsdilemma zu finden.

Das hektische Treiben und der gezeigte Aktivismus stehen allerdings in einem umgekehrten Verhältnis zu den Resultaten. Leider hat sich nämlich herausgestellt, was häufig vermutet und befürchtet wurde, daß es mit der internationalen Zusammenarbeit und Kooperation trotz aller schönen Lippenbekenntnisse nicht allzuweit her ist. Dabei beruht aber gerade das internationale Währungsgebäude auf der Einhaltung bestimmter Spielregeln und der Notwendigkeit zu gemeinsamem Handeln auf internationaler Ebene. Werden diese Regeln nicht ge- und beachtet, sei es aus politischen oder binnenwirtschaftlichen Gründen, so werden die internationalen Währungs- und Handelsbeziehungen zwangsläufig gefährlichen Störungen und Krisen ausgesetzt.

Präsident Nixon und seiner Administration gebührt das zweifelhafte Verdienst, mit dem innen- und wahlpolitisch motivierten „New Deal“ nicht nur gezeigt zu haben, wie man sich über internationale Regeln hinwegsetzt. Vor allem hat er die schwachen Stellen der Währungsordnung erstmals schonungslos aufgedeckt und bloßgestellt – und dies nicht nur vor einem exklusiven Zirkel von Währungstheoretikern und Währungspolitikern, sondern vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit.

Während es aber dem unbefangenen Beobachter des währungspolitischen Treibens – falls es ihn gibt – so scheinen könnte, als ob die Krise über Nacht – genauer: in der Nacht vom 15. auf den 16. August – gekommen sei, war es den Währungspolitikern bekannt, daß es im internationalen Währungsgebäude seit langem kriselte. Denn zumindest seit 1966/67 gab es kaum ein Jahr, in dem nicht ein oder zwei Währungskrisen zu verzeichnen waren.

Diese Krisen sind allerdings schon im Keim im Abkommen von Bretton Woods enthalten, wenn sie auch erst in den letzten Jahren offener zutage traten. Nach diesem Abkommen ist nämlich jedes Land verpflichtet, Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu vermeiden und bei Ungleichgewichten entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Schon seit Jahren haben sich aber die Vereinigten Staaten als mächtigster Signatarstaat nicht an dieses Abkommen gehalten, indem sie sich der Verpflichtung entzogen, ihr chronisches Zahlungsbilanzdefizit in Ordnung zu bringen. Zwar wurden – und das sei zugegeben – entsprechende Versuche unternommen. Sobald diese Versuche aber mit binnenwirtschaftlichen oder politischen Zielen kollidierten, wurden sie abgebrochen. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt die Empfehlung amerikanischer Wissenschaftler dar, den Zahlungsbilanzproblemen mit „wohlwollender Nichtachtung“ zu begegnen und es den „Partner“-Staaten zu überlassen, sich selbst der zunehmenden Dollarströme zu erwehren.

Dabei wurde vergessen, daß die wichtigsten Industrieländer im Laufe der letzten Jahre zum Teil mehrfache Auf- oder Abwertungen vorgenommen haben, um den Außenwert ihrer Währungen mit den binnen- und außenwirtschaftlichen Gegeben-

heiten in Einklang zu bringen. Sie haben bis vor kurzem die Zahlungsbilanzdefizite der USA dadurch finanziert, daß ihre Zentralbanken mehr oder weniger stillschweigend Dollarguthaben anhäuften. Hält man sich diese Entwicklung vor Augen, so ist es schwer anzunehmen, daß jemand der Meinung gewesen sein könnte, daß die anderen Länder auf die Dauer widerstandslos den Dollarregen über sich ergehen lassen würden. Die Krise des Dollars war deshalb vorauszu- sehen – wenn vielleicht auch nicht der genaue Zeitpunkt.

Schon bei den ersten Anzeichen der Schwächen des gegenwärtigen Währungs- systems hätte man deshalb damit beginnen müssen, Reformen auszuarbeiten und sukzessive durchzuführen. Die grundlegenden Probleme – die Frage einer gene- rellen Wechselkursbereinigung, die langsame Ablösung des Dollars als Wäh- rungsreserve, eine wirksame Eindämmung der kurzfristigen Kapitalbewegungen und die Stärkung des Internationalen Währungsfonds – lagen nämlich schon seit langem auf dem Tisch. Erst wenn man bedenkt, daß allein die Ausarbeitung des Systems der Sonderziehungsrechte rund fünf Jahre gedauert hat, kann man er- messen, wie frühzeitig mit Reformbestrebungen hätte begonnen werden müssen. Aber noch nicht einmal heute sind gemeinsame Ansatzpunkte dafür zu erkennen, wohin die Reise gehen soll.

So legten die Vereinigten Staaten – obwohl sie direkt die Krise auslösten – keinen Plan zur Lösung der Währungsfrage vor. Und die anderen Länder wurden mehr oder weniger durch die Krise unvorbereitet getroffen – insbesondere die EWG, nachdem der Schillersche Plan eines festen Währungsblocks nach innen mit floatenden Kursen nach außen im Mai dieses Jahres gescheitert war. So kam es zu einer Krise in einem Ausmaß, die die in einem Vierteljahrhundert mühsam erreichte Liberalisierung und Ausweitung des internationalen Zahlungs- und Han- delsverkehrs in Frage stellt und Erinnerungen an die dreißiger Jahre wachruft. Die Krise ist damit nicht nur eine Krise des Dollars, sondern auch der Währungs- politiker.

In dieser Situation riefen so manche Enthusiasten diesseits des Atlantiks die Stunde Europas aus. Die europäischen Länder sollten ihr vereinigt Potential aufbieten und aus eigener Kraft das ersetzen, was an amerikanischem Ordnungs- und Führungsvermögen ausfiel. Dementsprechend groß war denn auch die Ent- täuschung über die „vertanen“ Chancen. Hätte man sich jedoch die Gemeinsam- keiten und die gemeinschaftlichen Handlungen der europäischen Länder in der Vergangenheit vor Augen gehalten, wäre dieser Enthusiasmus erst gar nicht auf- gekommen. Denn schon die Diskussion über den richtigen Weg zu einer Wirt- schafts- und Währungsunion – und erst recht die Diskussion im Mai dieses Jahres über eine gemeinsame Haltung der EWG gegenüber der Dollarflut – zeigte in aller Deutlichkeit, wie unterschiedlich innerhalb der Gemeinschaft die wirtschafts- und währungspolitischen Vorstellungen waren und sind. Nun plötzlich wurde von der EWG erwartet, daß sie ad hoc in eine Währungsunion eintreten sollte, wofür sie vorher noch geraume Zeit und Lernprozesse veranschlagt hatte.

Allerdings müssen nun die Lernprozesse etwas schneller verlaufen, wenn nicht aus der Dollar- und Weltwährungskrise eine EWG-Krise werden soll, die an die Substanz gehen würde. Denn weder floatende oder feste Wechselkurse noch gespaltene Devisenmärkte wirken an sich desintegrierend, sondern – was leider gegenwärtig der Fall ist – vier verschiedene Währungssysteme innerhalb der Gemeinschaft und die Versteifung auf bestimmte Positionen.

Will man zu einer Lösung der anliegenden Probleme gelangen, so muß man sich auf die Prinzipien internationaler Kooperation und Zusammenarbeit besinnen. Für die EWG heißt das, sich untereinander über einen gemeinsamen Weg in der einen oder anderen Form zu einigen und sich darüber klarzuwerden, welche Rolle man bei der Neugestaltung des Weltwährungssystems einnehmen soll. Für die USA heißt das, daß sie endlich einsehen müssen, daß die Tage des Dollars als dominierende Währung gezählt sind und daß er nicht länger als eine Art „heilige Kuh“ angesehen werden kann. Denn eines muß bei der Neuordnung – gleich wie sie aussehen wird – sichergestellt werden: Es dürfen in Zukunft keine Krisen durch das Fehlverhalten eines oder mehrerer Länder ausgelöst werden. Das bedeutet aber nichts anderes als ein Mehr an Flexibilität im System.